

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 10 | 10.10.2025

Diverse Durchbrüche!

Hoffnung für den Nahen Osten – Rückkehr zum „Fördern und Fordern“

Liebe Leserin, lieber Leser,

daß die 10. Ausgabe meines „Berichts aus Berlin“ am 10.10. erscheint, ist Zufall. Kein Zufall ist es, daß sich die Koalitionsfraktionen – auf Druck der Union – auf grundlegende Änderungen beim Bürgergeld geeinigt haben und jetzt (wieder) eine echte Grundsicherung auf die bewährten Prinzipien von „Fördern und Fordern“ setzt.

Kein Zufall, sondern das Ergebnis von harten Verhandlungen und massivem Druck aus den USA, Europa und der arabischen Welt, ist auch die positive Entwicklung im Nahen Osten. Wir dürfen hoffen, daß fast auf den Tag zwei Jahre nach dem brutalen Terroranschlag der Hamas die Waffen in Israel und dem Gaza-Streifen endlich schweigen und die letzten Geiseln zu ihren Familien zurückkehren dürfen.



Unsere Überzeugung: Fördern und Fordern!

Wir schaffen das sogenannte Bürgergeld ab und gestalten es zu einer neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende um. Wir sind der festen Überzeugung: Arbeit ist sinnstiftend. Durch sie wird Teilhabe und ein Leben in eigener Verantwortung ermöglicht. Deshalb setzen wir wieder auf das Prinzip des „Förderns und Forderns“ in der Arbeitsmarktpolitik.

Neue Grundsicherung statt Bürgergeld

Wer seinen Mitwirkungspflichten bei der Jobsuche nicht nachkommt, Termine verstreichen lässt oder zumutbare Arbeit wiederholt nicht annimmt, muss zukünftig mit Leistungskürzungen von bis zu 100 Prozent rechnen. Damit werden wir Versäumnisse konsequent sanktionieren.

Unser Grundsatz ist: Die Vermittlung in Arbeit geht vor. Die Karenzzeiten bei Vermögensanrechnung und zu teurem Wohnraum werden gestrichen.

Der Missbrauch von Sozialleistungen wird bekämpft. Wir machen das vor allem mit besserem Datenaustausch, stärkerer Arbeitgeberhaftung und konsequentem Vorgehen gegen Vermieter von Schrottimmobilien.

Und wir müssen klarstellen, wer aus dem EU-Ausland tatsächlich als Arbeitnehmer gilt.

Klar ist aber auch: Wer in unserem Land Hilfe benötigt, kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird. Die neue Grundsicherung wird auch die besondere Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen berücksichtigen.

Hoffnung auf Frieden in Nahost

Der Friedensplan des US-Präsidenten macht es möglich: Zwei Jahre nach dem brutalen Überfall der Hamas auf Israel keimt endlich Hoffnung auf ein Ende der Gewalt in Nahost. Es ist jetzt an der Terrororganisation Hamas, die Waffen niederzulegen und die restlichen israelischen Geiseln freizulassen. Wir in CDU und CSU stehen unverbrüchlich an die Seite Israels und plädieren für die Verwirklichung der Zweistaatenlösung nach dem Ende der Hamas-Herrschaft im Gazastreifen.

Für die Palästinenser ergibt sich die Chance, ihr Land wiederaufzubauen, ihre Sicherheit in Selbstbestimmung zu organisieren. Für Israel besteht die Chance auf langfristige verlässliche Sicherheit, da die Hamas militärisch besiegt und ihre Führung eliminiert ist.

Richtig ist aber auch: Vor beiden liegt noch ein langer Weg, denn ein Ende des Krieges ist nicht gleichbedeutend mit Frieden. Für einen richtigen Frieden muss erst der Hass überwunden werden.

Arabische Welt steht hinter dem Friedensplan

Meine Hoffnung ist deshalb so groß, weil neben den USA, Europa und Israel die gesamte arabische Welt den Plan mitträgt. Eine funktionierende Zweistaatenlösung muss am Ende des Prozesses stehen, denn nur sie garantiere eine nachhaltige Befriedung der Region.

Deutschland wird einen Beitrag zur Stabilität der Region, zur humanitären Hilfe und zum Wiederaufbau des Gazastreifens leisten. Wir werden uns nicht wegducken – auch deshalb nicht, weil wir der Existenz und Sicherheit Israels in beispielloser Weise verpflichtet sind.

Die Aktiv-Rente kommt: Wir machen Deutschland wieder leistungsgerecht

Jedes Jahr gehen viele Menschen nach einem langen Arbeitsleben in Rente. Doch Renteneintritt muss nicht gleich Ruhestand bedeuten. Immer mehr Frauen und Männer bleiben fit und leistungsfähig bis ins hohe Alter und wollen weiterarbeiten.



Und sie können als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt wertvoll sein. Wir wollen sie dabei unterstützen und steuerlich entlasten – damit sich Leistung wieder lohnt.

Um arbeitende Menschen im Rentenalter zu entlasten, wird es ab dem 1. Januar 2026 die Aktivrente geben. Konkret soll sie wie folgt ausgestaltet werden:

- Wer die gesetzliche Regelaltersgrenze erreicht hat und in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis arbeitet, wird sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei erhalten (ohne Progressionsvorbehalt).
- Der Rentenbezug bleibt davon unberührt. Menschen im Rentenalter erhalten also ihre Rente neben dem steuerfreien Gehalt.

Die Aktivrente kommt zum 1. Januar 2026. Damit setzen wir eines unserer zentralen Wahlkampfversprechen um. Endlich wird sich das freiwillige Weiterarbeiten im Rentenalter steuerlich lohnen. Denn so bleibt deutlich mehr Netto vom Brutto.

„Bau-Turbo“ beschlossen!

Der Deutsche Bundestag hat Donnerstag in 2. und 3. Lesung das „Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung“ beschlossen. Mit dem Gesetz wird das Abweichen von bauplanungsrechtlichen Vorschriften zugunsten des Wohnungsbaus ermöglicht und der Umwandlungsschutz gestärkt.

Wir wollen mehr bauen und wir wollen schneller bauen. Mit dem ‚Bau-Turbo‘ haben wir ein neues, mutiges Instrument, das unser Land wirklich voranbringen kann. Statt fünf Jahre für ein Bebauungsplanverfahren zu brauchen, kann die Gemeinde dem Bauvorhaben jetzt innerhalb von drei Monaten zustimmen. Damit können zum Beispiel ganze Häuserzeilen einer Straße aufgestockt oder innerstädtische Brachen für neue Wohngebäude genutzt werden. Die Gemeinde kann im Rahmen der Zustimmung auch einen bestimmten Anteil an sozialem Wohnungsbau verlangen.

Der ‚Bau-Turbo‘ kann nicht nur für Wohnungen genutzt werden, sondern zum Beispiel auch für Kitas, Stadtteilbibliotheken oder Schulen.

Das schafft noch mehr Möglichkeiten für eine lebendige und nachhaltige Stadtentwicklung. Insgesamt bekommen die Gemeinden durch den Bau-Turbo mehr Freiheit und Flexibilität.



Aber: Der Bau-Turbo ist kein Hebel, an dem wir ziehen und dann fallen Wohnungen vom Himmel. Es kommt drauf an, dass wir alle gemeinsam mitanpacken. Damit der ‚Bau-Turbo‘ in der Praxis auch zünden kann, möchten wir den Kommunen bei allen Fragen zur Seite stehen und sie mit einem Praxisleitfaden und einem Umsetzungslabor unterstützen.

Den Auftakt dazu plant die Bundesregierung am 17. Oktober um 14:00 Uhr. Alle Stadtentwickler, Stadtplanerinnen, kommunalen Vertreter und Pressevertreter sind herzlich eingeladen, digital dabei zu sein. Dort wird die Bundesbauministerin den weiteren Prozess für ein Umsetzungslabor vorstellen und es gibt die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Die Anmeldung zur digitalen Auftaktveranstaltung und weitere Informationen finden Sie hier: www.bmwsb.bund.de/bau-turbo-webinar

Turbo-Einbürgerung wieder abgeschafft

In Deutschland leben laut amtlicher Statistik 14 Millionen Menschen ohne deutschen Pass. Regulär können sie nach fünf Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, in Ausnahmefällen sogar nach nur drei Jahren.

Diese Turboeinbürgerung nach drei Jahren hat der Bundestag auf Initiative der unionsgeführten Bundesregierung am Mittwoch wieder abgeschafft. Wir sind der Überzeugung: **Die deutsche Staatsbürgerschaft soll am Ende einer gelungenen Integration stehen, nicht am Anfang.**

Wer kann unter welchen Umständen Deutscher werden?



Ausländer, die hier leben, können nach fünf Jahren einen deutschen Pass erhalten. Voraussetzung ist, dass sie ausreichend Deutsch sprechen und selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Einbürgerungswillige sollen sich Deutschland auf sprachlicher, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene verbunden fühlen. Ein Bekenntnis zu den Werten einer freiheitlichen Gesellschaft und einer demokratischen Rechtsordnung ist unabdingbar. Mit der Einbürgerung wird die dauerhafte Bindung an Deutschland besiegelt.

Was bedeutete Turboeinbürgerung?

2024 hat die Ampel-Regierung die Frist für die Einbürgerung verkürzt – von acht auf fünf Jahre. Sie führte auch die Möglichkeit einer Turboeinbürgerung nach drei Jahren ein, wenn Bewerber besondere Integrationsleistungen nachweisen. Zuvor galt eine Mindestaufenthaltsdauer von sechs Jahren.

Aber: Eine umfassende Integration im Handumdrehen kann nicht gelingen. Die Einbürgerung soll aber nach Auffassung der Unionsfraktion die Vollendung des Integrationsprozesses markieren und nicht den Ausgangspunkt. Außerdem werden mit dem Versprechen auf Turboeinbürgerung falsche Anreize für Migration gesetzt. Die dringend benötigten Fachkräfte werden so nicht angelockt.

Was tut die unionsgeführte Koalition gegen den Fachkräftemangel?

Um mehr Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, will die unionsgeführte Koalition bürokratische Hürden abbauen und Prozesse vereinfachen. So soll eine digitale Agentur für die Einwanderung von Fachkräften geschaffen werden, eine sogenannte Work-and-Stay-Agentur. Über diese Agentur würden dann alle nötigen Schritte abgewickelt. Auch die Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse soll erleichtert werden. Junge Menschen aus Drittstaaten, die in Deutschland eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben, sollen nach Möglichkeit hier bleiben und arbeiten.

Berufungen der Woche

Die Arbeit wird nicht weniger...

Ich wurde jetzt aktuell in zwei Aufsichtsräte berufen: Einmal in den der GIZ – der „Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“



Mit über 25.000 Mitarbeitern weltweit entwirft und betreut die GIZ im Rahmen der „Technischen Zusammenarbeit“ die Projekte des BMZ.



**Die
Autobahn**

Zum zweiten in den der „[Autobahn GmbH des Bundes](#)“ – diese Gesellschaft ist seit Anfang 2021 für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung und Finanzierung der Autobahnen in Deutschland zuständig.

Meine Bitte: Ruft mich jetzt aber nicht bei jedem Stau an, in dem Ihr steckt ... 😊

Bilder der Woche

Bereits seit der letzten Wahlperiode verrete ich die Union in der „Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU“ (kurz: SWKS). Bei der kürzlich stattgefundenen Herbsttagung war ich zudem Delegationsleiterin; mein Resümee findet sich hier: [Klick](#)

Gastgeber ist im Herbst stets das Land, das aktuell die Ratspräsidentschaft innehat – und wohin laden die „verspielten“ Dänen?

Ins „[Legoland](#)“ nach Billund!



Wir haben trotzdem sehr ernsthaft getagt und über Freihandel und Bürokratieabbau diskutiert.

Von Billund ging es direkt nach Straßburg, zur vierten Sitzung der „Parlamentarischen Versammlung des Europarats“ (PVER). Auch hier hielt [ich](#) die Fahne der CDU hoch.



THW trifft MdB



Alle zwei Jahre heißt es „THW trifft MdB“. Immer mit dabei die großartige Truppe des [THW Backnang](#) mit ihrem Ortsbeauftragten **Steffen Hoffmann**. Bei uns stimmt die Verbindung...

Video der Woche



In dieser Woche ist viel passiert!

Anbei meine Sicht auf die Dinge:

[KLICK](#)

Zitat der Woche

«Das bisherige Bürgergeld ist der Grund, dass die SPD bei der Bundestagswahl bei 16 Prozent gelandet ist.»

(Dirk Wiese, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, forderte am Mittwoch in Berlin, „härter“ gegen jene vorzugehen, die Sozialleistungen ausnutzen würden. Ich gratuliere herzlich zu dieser sensationellen Einsicht...)

WAHLKREISSPLITTER



„Beats, Bass und Blasmusik“ – unter diesem Motto stand das Festwochenende anlässlich „125 Jahre Musikverein Bettringen“.

Über 30 Gruppen zogen durch Bettringen – und der Gmünder OB **Richard Arnold**, mein Landtagskollege **Tim Bückner** und ich waren natürlich dabei.